

Themen der BVV: Wohnungen statt Büros, Kampf gegen Raser und eine Ehrung für Helmut Kohl. Wenigstens eine positive Folge hat die Corona-Pandemie für alle, die sich für die Kommunalpolitik interessieren: Seit dem Februar überträgt die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ihre Online-Sitzungen [frei zugänglich auf YouTube](#). Zuvor hatten die Fraktionen jahrelang ergebnislos über Livestreams diskutiert. Ohne die besonderen Umstände in der Krise wäre es wohl noch einige Zeit so weitergegangen. Am Donnerstag, dem 18. März, ab 17 Uhr steht die nächste Sitzung bevor. Die Tagesordnung [finden Sie hier](#).

Büros in der City West waren lange begehrt und teuer. Nach Einschätzung der Grünen gibt es inzwischen jedoch „diverse leer stehenden Gewerbeflächen“. Die Coronakrise habe die „Verödung“ der Innenstadt noch verschärft. Mit einer [Großen Anfrage](#) will die Fraktion erfahren, wo das Bezirksamt eine Umwandlung von Büroflächen in bezahlbaren Wohnraum für möglich hält.

Vor „Schleich- und Ausweichverkehr“ möchte die SPD die Wohngebiete neben dem Autobahndreieck Funkturm schützen, wenn dieses voraussichtlich ab 2023 umgebaut wird. In einem [Antrag](#) fordert die Fraktion das Bezirksamt auf, mit der Senatsverkehrsverwaltung ein Konzept zu entwickeln, um die wegen Brückenabrissen und Sperrungen absehbaren „massiven Staus“ in den Kiezen zu verhindern.

Um Raser auf dem Ku'damm zu stoppen, soll das Bezirksamt gemeinsam mit Senatsbehörden eine Machbarkeitsstudie erarbeiten. [Diesem Antrag](#) der Grünen hat der BVV-Verkehrsausschuss bereits mehrheitlich zugestimmt. Als mögliche Maßnahmen werden beispielsweise mehr Geschwindigkeitsmessungen, zusätzliche Ampeln, ein Tempolimit von 30 km/h, ein geschützter Radfahrstreifen sowie Fahrbahnverengungen und Bodenwellen genannt.

Auch für die Dahmannstraße zwischen dem Ku'damm und dem S-Bahnhof Charlottenburg werden „bauliche Maßnahmen gegen Raser“ gefordert. Die SPD-Fraktion schlägt Aufpflasterungen mit sogenannten Rixdorfer Kissen vor. [Ihr Antrag](#) basiert auf Forderungen einer Bürgerinitiative. Für einen eigenen Einwohnerantrag hatte diese mehr als 1000 Unterschriften gesammelt. Doch nach einer Überprüfung erklärte das Bezirksamt rund 300 davon für ungültig. Obwohl die Dahmannstraße eine Tempo-30-Zone ist, gilt sie als Startplatz vieler Ku'damm-Raser.

Die Fahrbahn der Babelsberger Straße in Wilmersdorf soll schmaler und kurviger werden, um das dortige Tempolimit von 30 km/h und den Lärmschutz für Anwohner durchzusetzen. [Diesem Antrag](#) der Linksfraktion, der Forderungen der Nachbarschaftsinitiative [Babel30](#) aufgreift, sind die Grünen und die SPD schon im Verkehrsausschuss beigetreten.

Am Meyerinckplatz und in der Giesebrechtstraße will die Grünen-Fraktion den „zunehmenden motorisierten Durchgangsverkehr“ mit Pollern unterbinden. Bisher werde diese Verbindung zwischen dem Kurfürstendamm und der Wilmersdorfer Straße oft als Abkürzung jenseits der großen Kreuzung am Adenauerplatz genutzt, [heißt es](#). Die Sperre solle so angelegt werden, dass der Anwohner- und Lieferverkehr möglich bleibe.

Die FDP-Fraktion widmet sich ebenfalls der Verkehrspolitik. [Auf ihren Antrag hin](#) votierte der zuständige Ausschuss einstimmig für „Flüsterasphalt“ in der Berliner Straße. Die BVV wird den Beschluss voraussichtlich bestätigen. Der „offenporige Asphalt“ solle im Rahmen der geplanten Umbauten verlegt werden, heißt es. Die Senatsverkehrsverwaltung will die Berliner Straße ruhiger und fahrradgerechter machen ([wir berichteten](#)).

Weniger Erfolg hat die FDP mit Vorschlägen zur Neugestaltung der Kantstraße, über die wir im vorigen Herbst [berichtet hatten](#). Ihr [Antrag](#) fand bereits in den Ausschussberatungen keine Mehrheit.

Über die Zukunft des Preußenparks und des dortigen thailändischen Streetfood-Markts soll das Bezirksamt die Anwohner „zeitnah informieren“. Das [fordert die CDU-Fraktion](#). Mehr zu dem neuen Nutzungskonzept können Sie in [unserem Bericht aus dem Februar](#) lesen.

Corona-Schnelltests für alle Bezirksamtsbeschäftigten [verlangt](#) die AfD-Fraktion. Es reiche nicht aus, solche Antigen-Tests nur Mitarbeiter:innen im Außendienst anzubieten. Ein ganz anderer und chancenloser [Antrag](#) der AfD wirkt typisch für die Partei. Demnach sollte das Bezirksamt eine Online-Diskussion zum Thema „Ist der Islam ein Integrationshindernis?“ veranstalten.

Den früheren Bundeskanzler Helmut Kohl möchte die CDU mit der Benennung eines Platzes oder einer Straße als „Kanzler der Einheit“ ehren. Mit [diesem Antrag](#) blitzte die Fraktion aber schon im Kulturausschuss ab. Dazu kam es vor allem, weil die CDU einen Ort „im unmittelbaren Regierungsviertel im Bezirk Mitte“ anstrebt. Also gehöre das Thema in die dortige BVV, fanden die anderen Fraktionen. Bedenken gab es auch, weil Plätze und Straßen normalerweise frühestens fünf Jahre nach dem Tod einer Person deren Namen erhalten (Ausnahmen sind allerdings möglich). Helmut Kohl war im Juni 2017 gestorben.